

"Wenn sich die Parteien in die Haare geraten, wird es schwierig"

Autor(en): **Lauffer, Urs**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **105 (2008)**

Heft 2

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840251>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Wenn sich die Parteien in die Haare geraten, wird es schwierig»

Die Sozialbehörde der Stadt Zürich ist für rund 12 000 Sozialhilfefälle verantwortlich. Die Medienberichte über Fälle von Missbrauch haben im Gremium Spuren hinterlassen. Urs Lauffer, langjähriger Vizepräsident, spricht über Freuden und Leiden seines Amtes.

Begonnen hat alles vor gut 18 Jahren. Damals, im Frühjahr 1990, wählte mich der Zürcher Gemeinderat in die Sozialbehörde (SoBe). Dort traf ich auf altgediente Behördenmitglieder, die sich unter dem Vorsitz von Stadträtin Emilie Lieberherr selten trafen, wenig kontrollierten und eigentlich nichts zu sagen hatten. Heute ist aus dem früheren Ehrenamt eine fordernde, zeitintensive Behördenarbeit geworden.

Das sozialpolitische Umfeld und die Anforderungen an eine professionelle Sozialhilfe haben sich in den letzten Jahren weitgehend geändert, und damit auch die Behördentätigkeit in der Stadt Zürich. Geblieben ist eigentlich nur die karge Entschädigung für unsere Arbeit und die Tatsache, dass wir nach wie vor als Milizbehörde eingestuft sind.

VORURTEILE UND IHRE WIRKUNG

Ob im Rotary Club, in der Zunft oder in meiner Tätigkeit als Unternehmensberater: Immer häufiger werde ich auf meine Arbeit im Bereich der Sozialhilfe angesprochen. Meistens geht es dann direkt zur Sache: «Warum bringt Ihr ganze Familien in Hotels unter?», «warum fahren Eure Klienten BMW?» und «warum haben Sozialhilfebezügler mehr Geld zur Verfügung als jene, die auf staatliche Unterstützung verzichten?».

Dies sind die Fragen, die ich am häufigsten höre. Natürlich stelle ich mich dann jeweils der Diskussion, beginne zu argumentieren und mache klar, dass unsere Klientinnen und Klienten in aller Regel weder in Hotels leben noch ein Auto fahren. Aber: Nützen meine Klarstellungs-Versuche etwas? Ich habe da so meine Zweifel. Natürlich kann ich im Gespräch das eine oder andere Vorurteil ausräumen und manche Behauptung mit Fakten entkräften. Aber das grundsätzliche Misstrauen gegenüber der Sozialhilfe bleibt in den meisten Fällen bestehen. Die übrigen Mitglieder unserer Behörde erleben Ähnliches. Das Sozialprestige von Sozialbehörden-

mitgliedern scheint nur noch leicht besser zu sein als jenes sehr gut bezahlter Manager aller Art.

JAMMERN HILFT NICHT

Natürlich sah und sieht sich die Sozialhilfe in der Stadt Zürich grossen Belastungen ausgesetzt. Zu nennen ist hier an erster Stelle nicht etwa die Missbrauchsproblematik, sondern die enorme Fallzunahme in den vergangenen zehn Jahren. Auch wenn seit einem halben Jahr eine deutliche Entspannung eingetreten ist, bleiben die Fallzahlen hoch. Die sich daraus ergebende Belastung ist für die Mitarbeitenden in den Sozialzentren enorm. Sie wirkt sich aber auch auf das Arbeitspensum der Behördenmitglieder aus.

Die Verantwortung für mehrere hundert Millionen Franken pro Jahr, vor allem aber für all die vielen Einzelschicksale, die mit der Sozialhilfe verbunden sind, ist im Behördenalltag spürbar. Dass wir diese Aufgabe – zumindest bis vor zwei Jahren – in einem über alle Parteigrenzen hinweg konstruktiven Einvernehmen lösen konnten, lag daran, dass wir uns über Grundsätze, Möglichkeiten und Grenzen der Sozialhilfe weitgehend einig waren.

Aus persönlicher Sicht füge ich hinzu, dass die Zusammenarbeit zwischen der grünen Stadträtin und SoBe-Präsidentin Monika Stocker und mir, der ich als Freisinniger eine grosse Nähe zur Wirtschaft habe, über all die Jahre vertrauensvoll und positiv war. Wir sehen manches unterschiedlich, streiten über solche Differenzen, haben uns aber im Interesse der Sache immer wieder zu tragfähigen Lösungen finden können. Das grosse Fachwissen und die hohe Innovationsbereitschaft von Monika Stocker haben zusammen mit meiner pragmatisch-liberalen Haltung in sozialpolitischen Fragen mitgeholfen, Gräben zu überwinden und – zum Beispiel mit Wirtschaftsvertretern – Gespräche in Gang zu bringen, die zu neuen, erfolgversprechenden Ansätzen geführt haben.

PARTEIPOLITISCHES HICKHACK

Seit rund zwei Jahren sehen wir uns nun allerdings mit einer neuen Problematik konfrontiert. In regelmässigen Abständen berichten Medien über Einzelfälle, bei denen Missbrauch vorliegt oder doch zumindest vermutet wird. Diese Entwicklung ist nicht ohne Auswirkungen auf unsere Behörde geblieben. Zum einen hat sie uns gezwungen, uns noch intensiver mit der Missbrauchsthematik zu be-

«Das Sozialprestige von Sozialbehördenmitgliedern scheint nur noch leicht besser zu sein als jenes sehr gut bezahlter Manager aller Art.»



Der Auftritt vor den Medien ist für ihn zunehmend zum Normalfall geworden: Urs Lauffer, Zürich.

Bild: Keystone

fassen. Wir haben verschiedene Massnahmen beschlossen – unter anderem die Einführung des Sozialinspektorates. Ob diese Massnahmen ausreichen, wird die Zukunft weisen. Sicher müssen wir heute selbstkritisch festhalten, dass wir einiges früher hätten initiieren müssen. Zum andern ist die Stimmung in der Behörde heute viel politischer und damit auch stärker auf Konfrontation ausgerichtet, als dies früher der Fall war. Wir alle sind Vertre-

DIE SOZIALBEHÖRDE DER STADT ZÜRICH

Die Sozialbehörde (SoBe) der Stadt Zürich setzt sich aus 14 Mitgliedern zusammen, die vom Gemeinderat (Legislative) gewählt werden. Das Präsidium wird von Amtes wegen von der Stadträtin (Exekutive) geführt, die das Sozialdepartement leitet. Die SoBe nimmt zu wichtigen Geschäften der Sozialhilfe Stellung und ist zuständig für die Gewährleistung und Durchführung der wirtschaftlichen Hilfe. 13 Behördenmitglieder prüfen – den einzelnen Sozialzentren zugeordnet – jeden der rund 12 000 Fälle einmal im Jahr. Innerhalb der SoBe gibt es eine Einzelfallkommission, die wöchentlich tagt und dabei alle Nicht-Normfälle gemäss Kompetenzordnung prüft. Die SoBe verfügt zudem über eine eigene Rekursinstanz. Diese besteht aus drei Mitgliedern der SoBe und beurteilt in erster Instanz die Einsprachen gegen Entscheide der Sozialzentren und der Einzelfallkommission. Die Mitglieder der SoBe investieren für ihren Arbeitseinsatz durchschnittlich einen halben bis einen ganzen Arbeitstag pro Woche.

ter unserer Parteien – und wenn sich die Parteien zum Thema Sozialhilfe derart in die Haare geraten, wie das seit einiger Zeit in Zürich der Fall ist, wird die Behördenarbeit manchmal schwierig. Es braucht – ich spüre das bei mir selber – einiges an Selbstdisziplin, um angesichts beleidigender Inserate und Medienmitteilungen immer wieder den gemeinsamen Boden zu finden, der nötig ist, um den gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können.

Kommt dazu, dass wir – in diesem Fall wieder einvernehmlich – zum Schluss gekommen sind, unsere Behördenarbeit reformieren zu müssen. Im Zentrum steht die Frage: Was kann eine Milizbehörde leisten, was nicht? Und dann wird es auch darum gehen, Entflechtungen zwischen dem Departement und der Behörde vorzunehmen.

Persönlich habe ich mich entschieden, in der jetzigen Übergangsphase – und auch wegen des bevorstehenden Rücktritts von Monika Stocker – meine Erfahrung der Behörde für die kommenden Monate noch zur Verfügung zu stellen. Wenn die Reorganisation dann abgeschlossen ist, kommt allerdings auch für mich der Zeitpunkt, die Sozialbehörde zu verlassen – durchaus mit dem guten Gefühl, dass es uns gelungen ist, mit der Sozialhilfe auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und trotz einer enormen Fallzunahme Menschen in Notlagen zu unterstützen und in vielen Fällen wieder in die Arbeitswelt zu integrieren. ■

Urs Lauffer

Der Autor ist Zürcher Kantonsrat (FDP), Co-Präsident der Sozialkonferenz des Kantons Zürich, Vizepräsident der Stadtzürcher Sozialbehörde und Präsident der kantonsrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit.